

28. Juli 1914 - Österreich-Ungarn erklärt Serbien den Krieg, Beginn des Ersten Weltkriegs.
30. Juli 1932 - Die X. Olympische Sommerspiele in Los Angeles, USA, beginnen.
6. August 1905 - In Boulogne-sur-Mer (Frankreich) beginnt der 1. Welt-Esperanto-Kongress.
8. August 1924 - In Berlin wird der elektrische S-Bahnbetrieb aufgenommen.

Linkes Blatt DIE LINKE.

13. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

09. Juli 2012

Halle vor der Stichwahl am 15. Juli 2012

DIE LINKE. Halle bedankt sich bei allen, die Swen Knöchel gewählt und unterstützt haben. Swen Knöchel hat einen äußerst engagierten und kompetenten Wahlkampf bestritten.

Im Vorfeld der Wahl haben wir uns bemüht, gemeinsam mit der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsame Standpunkte zur Oberbürgermeisterwahl zu finden und mit einem gemeinsamen Kandidaten anzutreten. Dies ist am Selbstverständnis der SPD gescheitert. Das vorläufige Wahlergebnis sollte für die SPD Anlass sein, ihre Positionen zu überdenken. Zum wiederholten Mal hat dieses Vorgehen der CDU in die Hände gespielt. Ernüchternd ist auch die geringe Wahlbeteiligung, die auch Reaktion der schleichenden Entwertung des Politischen durch vermeintliche und tatsächliche Finanz- und Sachzwänge ist.

Halle steht jetzt vor der Stichwahl zwischen Bernhard Bönisch (CDU) und dem parteilosen Kandidaten Dr. Bernd Wiegand.

DIE LINKE. Halle bekräftigt vor dieser Stichwahl noch einmal wichtige Forderungen in der künftigen Stadtpolitik:

* Ausgestaltung einer kommunalen Bildungslandschaft von der KiTa bis hin zur Schule, insbesondere für längeres gemeinsames Lernen, für das wir in neu zu schaffenden Gemeinschaftsschulen eine Chance sehen,

* Erhalt der ausgewogenen Vereins- und Beratungsstellenlandschaft in Halle, insbesondere dafür, dass Begegnungsstätten in den Stadtteilen erhalten bleiben,

* Demokraieausbau und Menschenrechtsorientierung, das Bündnis gegen Rechts und anderes bürgerschaftlichen Engagement unterstützen und befördern,

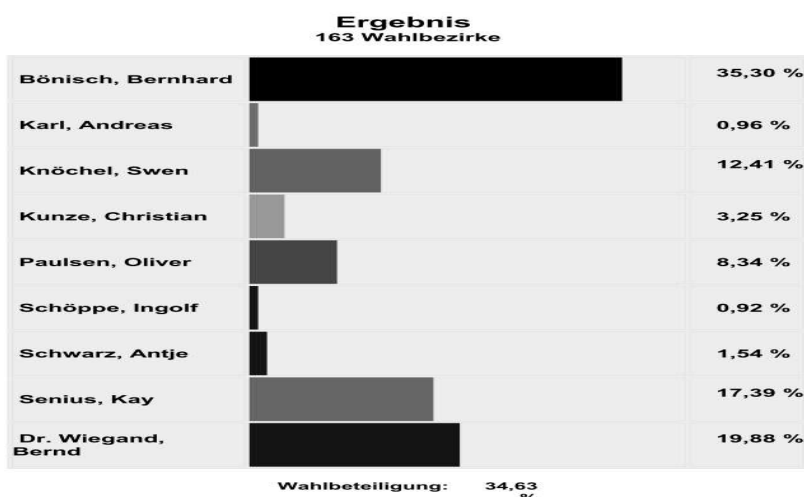
* gegen Privatisierung und Ausverkauf kommunalen Eigentums, kein Stellenabbau und Rotstiftpolitik in der Stadtverwaltung.

Wenn Dr. Bernd Wiegand diese Ziele für unsere Stadt teilt, hat er unsere Unterstützung.

Wir fordern auch die Wählerinnen und Wähler der LINKEN auf, sich an der Stichwahl am 15. Juli 2012 zu beteiligen.

Gehen Sie wählen, entscheiden Sie, wer der neue Oberbürgermeister in Halle wird!

Endgültiges Wahlergebnis für die Wahl zur Oberbürgermeisterin / zum Oberbürgermeister am 01. Juli 2012 in der Stadt Halle (Saale)



Linkes Blatt für Halle Seite - 2 - / 1./2. Juliausgabe

	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Bönisch CDU		Bernd Wiegand		Senius SPD		Knöchel DIE LINKE	
Altstadt	4.257	1.286	30,2%	364	28,8%	230	18,2%	242	19,2%	105	8,3%
Südliche Innenstadt	16.155	4.067	25,2%	1.200	30,0%	755	18,9%	701	17,5%	450	11,2%
Nördliche Innenstadt	12.702	3.992	31,4%	1.083	27,4%	692	17,5%	831	21,1%	379	9,6%
Paulusviertel	9.514	3.591	37,7%	919	25,8%	675	19,0%	816	22,9%	283	8,0%
Am Wasserturm/Thaervierviertel	745	202	27,1%	65	32,8%	55	27,8%	28	14,1%	17	8,6%
Landrain	2.951	1.020	34,6%	410	40,6%	169	16,7%	186	18,4%	129	12,8%
Frohe Zukunft	2.882	1.146	39,8%	462	40,5%	214	18,8%	225	19,7%	123	10,8%
Ortslage Trotha	6.197	1.685	27,2%	568	34,0%	393	23,5%	281	16,8%	207	12,4%
Indusdriegebiet Nord	256	42	16,4%	13	31,0%	12	28,6%	9	21,4%	5	11,9%
Gottfried-Keller-Siedlung	1.589	560	35,2%	268	48,2%	70	12,6%	87	15,7%	63	11,3%
Giebichenstein	8.064	3.135	38,9%	816	26,3%	647	20,8%	684	22,0%	239	7,7%
Seeben	1.036	413	39,9%	182	45,1%	82	20,3%	63	15,6%	46	11,4%
Tornau	192	50	26,0%	25	52,1%	5	10,4%	8	16,7%	2	4,2%
Mötzlich	440	147	33,4%	66	46,2%	17	11,9%	29	20,3%	15	10,5%
Freiimfelde/Kanenaer Weg	2.092	441	21,1%	157	36,0%	106	24,3%	58	13,3%	47	10,8%
Dieselstraße	508	158	31,1%	61	38,6%	40	25,3%	28	17,7%	15	9,5%
Diemitz	1.490	367	24,6%	140	38,7%	97	26,8%	47	13,0%	37	10,2%
Dautzsch	1.581	695	44,0%	330	47,9%	131	19,0%	81	11,8%	83	12,1%
Reideburg	2.123	685	32,3%	333	46,7%	107	15,6%	94	13,7%	70	10,2%
Büschdorf	3.689	1.415	38,4%	683	48,7%	240	17,1%	191	13,6%	119	8,5%
Kanena/Bruckdorf	1.215	349	28,7%	199	57,9%	53	15,4%	26	7,6%	25	7,3%
Lutherplatz/Thüringer Bahnhof	7.052	1.402	19,9%	480	34,5%	278	20,0%	191	13,7%	160	11,5%
Gesundbrunnen	9.231	2.818	30,5%	1.019	36,4%	633	22,6%	463	16,5%	351	12,5%
Südstadt	13.933	3.265	23,4%	1.324	40,9%	636	19,7%	451	13,9%	515	15,9%
Damaschkestraße	7.727	2.316	30,0%	910	39,6%	511	22,3%	387	16,9%	253	11,0%
Ortslage Ammendorf/Beesen	5.974	1.521	25,5%	590	39,2%	344	22,9%	222	14,8%	170	11,3%
Radewell/Osendorf	1.524	434	28,5%	150	34,8%	127	29,5%	60	13,9%	47	10,9%
Böllberg/Wörmlitz	2.275	492	21,6%	170	34,9%	127	26,1%	70	14,4%	61	12,5%
Silberhöhe	10.971	1.544	14,1%	487	32,0%	399	26,2%	141	9,3%	272	17,9%
Nördliche Neustadt	12.992	2.775	21,4%	1.017	37,0%	526	19,1%	398	14,5%	516	18,8%
Südliche Neustadt	11.508	2.067	18,0%	728	35,7%	350	17,1%	280	13,7%	432	21,2%
Westliche Neustadt	12.179	2.579	21,2%	945	37,2%	506	19,9%	339	13,3%	494	19,4%
Ortslage Lettin	1.036	367	35,4%	143	39,4%	77	21,2%	56	15,4%	43	11,9%
Heide-Nord/Blumenau	4.957	1.010	20,4%	388	39,1%	190	19,1%	144	14,5%	129	13,0%
Saaleaue	398	148	37,2%	36	24,7%	28	19,2%	36	24,7%	19	13,0%
Kröllwitz	4.267	1.730	40,5%	641	37,3%	310	18,0%	364	21,2%	147	8,6%
Heide-Süd	3.437	1.581	46,0%	568	36,3%	320	20,5%	310	19,8%	196	12,5%
Nietleben	2.266	789	34,8%	348	44,5%	152	19,4%	110	14,1%	91	11,6%
Dörlau	3.368	1.377	40,9%	559	41,0%	234	17,2%	303	22,2%	104	7,6%
Briefwahl		13.788		4.746	34,6%	2.747	20,0%	2583	19,8%	1836	13,4%
	194.773	67.449	34,6%	23.593	35,30%	13.285	19,88%	11.623	17,39%	8.295	12,41%
in % der Wahlberechtigten					12,1%		6,8%		6,0%		4,3%

Eine genaue Wahlanalyse seitens des Stadtvorstandes und des Wahlbüros wird im Moment erarbeitet, um sie dann gemeinsam mit der Basis zu diskutieren. Hinweise und Anregungen sind willkommen. Diese richtet ihr bitte an Rene Trömel (Wahlbüroleiter), Swen Knöchel, (Vorsitzender des Stadtverbandes), die Geschäftsstelle oder auch gern an das Linke Blatt. (Die Redaktion)

Aus der Stadtratssitzung am 27.06.2012

Irgendwie hatte man das Gefühl, dass ein Knistern in der letzten Stadtratssitzung vor der Oberbürgermeisterwahl lag!

Einige Tagesordnungspunkte wurden von der Stadtratssitzung abgesetzt, so z.B. die neue Geschäftsordnung für den Stadtrat und entsprechende Änderungsanträge aller Fraktionen. Sie werden auf der Tagesordnung Juli wieder zu finden sein!

Die Dringlichkeitsvorlage „Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze“ fand nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Auch unsere Fraktion stimmte gegen diese Vorlage. Mit dieser Vorlage wollte die Stadtverwaltung Einnahmen für den maroden Haushalt rückwirkend zum Jahresbeginn „eintreiben“. Im Juni wäre „die letzte Chance“ dafür gewesen!

Auch unser Dringlichkeitsantrag zur Erarbeitung eines Konzeptes zur Finanzierung und Weiterbetreuung des Peißnitzexpresses wurde abgelehnt. In der Diskussion zum Einwohnerantrag Parkeisenbahn Peißnitzexpress wurden wir durch andere Fraktionen motiviert, den ursprünglichen Dringlichkeitsantrag in einen Änderungsantrag „umzuwandeln“. Dies geschah und mehrheitlich wurde dieser im Rat angenommen. Hintergrund des Antrages war und ist, dass wir die Intentionen des Fördervereins Parkeisenbahn, der mit einer Unterschriftenaktion die Zukunft der Parkeisenbahn untermauern wollte, aufgenommen haben. Mit unse-

rem Antrag und der Mehrheit des Stadtrates wurde die Stadtverwaltung beauftragt, bis zum September 2012 gemeinsam mit der HAVAG ein Konzept zur Finanzierung und Weiterbetreuung des Peißnitzexpresses zu erarbeiten.

Im September, so lautet der Beschluss, wird im Stadtrat der Finanzdezernent gewählt. Der bisherige Inhaber, Herr Egbert Geier, scheidet offiziell aus, kann sich natürlich für eine neue Amtsperiode bewerben!

Auch dem Jahresabschluss für das Jahr 2011 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH wird zugestimmt.

Einige Diskussionen und viele Anträge gab es zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept. Es geht zunächst aber erst einmal um die Offenlegung des Konzeptes, heißt also, dass die BürgerInnen der Stadt Halle (Saale) mitdiskutieren sollen! Als Fraktion hatten wir den Antrag gestellt, die Silberhöhe als Nahverkehrszentrum beizubehalten. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Ursprünglich wollte die Verwaltung dieses Zentrum streichen.

Ohne größere Diskussionen wurde der Satzung zur Erhebung der Kleineinleiterabgabe und der Einziehung des Parkplatzes Göttinger Bogen Ecke Weststraße und der Gebührensatzung des Stadtarchives zugestimmt. Die Gebühren werden um ca. 10 % erhöht. Für Diskussionen sorgte der Antrag unserer Fraktion zur Rücknahme des Beschlusses der „Benennung einer Straße nach Willy Brandt“. Unternehmer aus der jet-

zigen Philipp-Müller-Straße haben nachgewiesen, dass sie sehr große Ausgaben als Folge der Umbenennung haben werden. Auch die nicht rechtzeitige Einbeziehung der BürgerInnen in diese Entscheidung wird kritisiert. Die Oberbürgermeisterin verwies den Antrag in den Hauptausschuss und in weitere Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung.

Auf Grund eines Antrages unserer Fraktion wurde uns die Informationsvorlage zur Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Halle (Saale) vorgelegt.

Im nicht öffentlichen Teil wurde mehrheitlich der Vorlage, das Optionsrecht aus dem Dienstleistungskonzessionsvertrag zur Betreuung der Georg-Friedrich-Händel-Halle nicht auszuüben, zugestimmt. Ein Änderungsantrag unserer Fraktion fand keine Mehrheit. Damit gibt es eine Neuausschreibung!

Ute Haupt, Stadträtin

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
05.07.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 16.08.2012

(Fast-) Liebeserklärung an die Linkspartei

Ich bin in dieser Woche der LINKEN beigetreten. Um diese Entscheidung zu begründen, muss ich zunächst mal erklären, warum mich Parteien in 30 Jahren politischen Aktivismus‘ bislang wenig interessiert haben.

Als politisch denkender Mensch lernt man schnell, dass die Zusammensetzung von Regierungen und Parlamenten für politische Entscheidungsprozesse in einer Gesellschaft oft völlig bedeutungslos ist. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat wurde von Konservativen in Frankreich ganz ähnlich „gestaltet“ wie von deutschen Sozialdemokraten.

Die Sozialisten Spaniens und Portugals sorgten nach dem Sturz der Diktatur Mitte der Siebziger nicht etwa für einen Linksruck in ihren Gesellschaften, sondern für eine Modernisierung ihrer Länder im Sinne der Eliten. Auch Großbritanniens New Labor stand in den Neunzigern eher für neoliberale Kontinuität denn für den politischen Wechsel. Und in Deutschland schließlich war es eine Mitte-Links-Regierung, die die wichtigsten rechten Reformen – Demontage des Sozialstaats und Kriegseinsätze – durchgesetzt hat. Der CDU wäre das schwerer gefallen; sie hätte größere soziale Widerstände zu überwinden gehabt.

Offensichtlich beeinflussen Parlamentsmehrheiten und Regierungen herrschende Politik also weniger, als gemeinhin angenommen wird. Das bedeutet im Umkehrschluss: Parlamentarische Politik kann niemals Kern eines emanzipatorischen Projekts sein, Veränderung muss gesellschaftlich durchgesetzt werden.

Das ist aber nicht das einzige Problem in diesem Zusammenhang. Berufspolitik und Parlamentarismus

sind außerdem von institutionellen Assimilationskräften geprägt, die gesellschaftlicher Emanzipation diametral entgegenwirken. Hauptberufliche Repräsentation schafft bei Funktionsträgern, zumindest tendenziell, ein ökonomisches Interesse an der Aufrechterhaltung bestehender Politikformen. Der Soziologe Robert Michels hat das Anfang des 20. Jahrhunderts in einer Studie über die Vorkriegs-SPD postuliert: Führungsgruppen, die aus einer einfachen Arbeitsteilung entstehen, entwickeln eigene Macht- und Klientelkalküle. Die „Entfernung der Politik von den WählerInnen“, die heute so laut lamentiert wird, ist dem bürgerlich-parlamentarischen System deshalb logisch eingeschrieben. Am Ende transformieren nicht die Reformer das System, sondern das System die Veränderer. Die Geschichte der Grünen sollte in dieser Hinsicht stets mahnendes Beispiel sein.

Die LINKE als feine Stimme der Vernunft?

Warum dann aber doch einer Partei, konkret der LINKEN, beitreten? Man könnte mit einer Punk-Attitüde argumentieren: Eine Organisation, auf die der Mainstream so inbrünstig eindrischt, kann nicht ganz daneben liegen. Aber als Begründung reicht das natürlich nicht.

Linker Politik geht es um emanzipatorische Veränderung. Auch wenn in diesem Zusammenhang viele Fragen offen sind, so liegt doch auf der Hand, dass diese Veränderung nur möglich ist, wenn gesellschaftliche Gegenhegemonien entstehen – also die kollektive Vorstellung unterbrochen wird, die Verhältnisse seien optimal oder doch zumindest alternativlos.

In dieser Auseinandersetzung sind

wir, als GesellschaftskritikerInnen, immer im Nachteil. Wir haben nicht die finanziellen Ressourcen, um PR-Büros zu beschäftigen oder Führungspersonal heranzuziehen. Und dennoch wirkt die ‚Praxis von unten‘: Die Diskussionen, die am Arbeitsplatz oder in Schulen über die Verteidigung öffentlicher Güter geführt werden, die antirassistischen oder queeren Perspektiven, die über Musik, Filme und Bücher in die gesellschaftlichen Narrationen einsickern, die Straßenproteste, die deutlich machen, dass die Krisenpolitik der europäischen Eliten kein Naturereignis sind – all das geht mit ein in die Alltagsvorstellungen.

Das für mich Erstaunliche ist nun – und damit komme ich zur LINKEN zurück –, dass die Linkspartei in dieser Auseinandersetzung in den vergangenen Jahren eine gute Rolle gespielt hat. Das war für mich auch deshalb überraschend, weil mir die in der LINKEN aufgegangenen Gruppen alle recht fremd waren. Mit den Biografien des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der KPF-Sprecherin Sahra Wagenkecht, der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, K-GrüpplerInnen und teilweise aus dem DDR-Apparat stammenden PDSlerInnen verbindet mich wenig. Und doch hat diese gescholtene, durcheinandergewürfelte, oft auch bizarre Partei wesentliche Fragen überhaupt erst wieder thematisiert. Ja, wir leben im Kapitalismus; ja, man muss, wenn man Demokratisierung will, auch das Gemeineigentum stärken; ja, es gibt in Deutschland Parteien, die Klasseninteressen vertreten und es wäre ganz schön, wenn auch die subalternen Klassen über eine solche Organisation verfügen.

Wenn ich die Debatten der letzten

Jahre revue passieren lasse, fühle ich mich fast zu einer Liebeserklärung hingerissen. Aus welchen Reihen stammen die Krisenanalysen, die ein bisschen Tiefgang entwickeln? Wo wird erwähnt, dass der Grüne Kapitalismus – bei aller Sympathie für die Energiewende – keine Lösung sein kann, weil Akkumulation immer auch Wachstum impliziert und Wachstum auf Dauer nicht ökologisch nachhaltig sein kann? Wer hat in den vergangenen Jahren – natürlich, „zur Verteidigung der Menschenrechte“ – den Einsatz der NATO in erdölreichen Ländern gefordert und wer hat darauf hingewiesen, die NATO sei eben keine Widerstandsarmee, sondern der militärische Zusammenschluss der wichtigsten imperialen Staaten? Sicher, auch viel Dummes war zu hören. Manches können Linke/LINKE (klein- und großgeschrieben) einfach noch nicht so gut ausdrücken: Es klingt hölzern, harmonie-süchtig oder im Schwarz-Weiß-Denken verhaftet. Aber im Großen und Ganzen habe ich die Linkspartei – ganz unerwartet – im sinnentleerten Konzert des Politikbetriebs doch als feine, dissonante Stimme der Vernunft zu schätzen gelernt.

Mehr als die Summe ihrer Teile
Als Freund Marxscher und Deleuzescher Theorie habe ich eine These, woran das liegen könnte: Eine Verbindung ist stets mehr als die Summe ihrer Teile. Das ist das Schöne an gesellschaftlichen Prozessen: Es entsteht ein Wissen, das über das versammelte Einzelwissen und seine TrägerInnen hinausgeht; es kommt zu Verschiebungen der Perspektive und neuen produktiven Verbindungen. Die SPD der 1970er Jahre, auf die sich Oskar Lafontaine manchmal positiv beruft, habe ich

als Speerspitze der Terrorismushysterie und als „Dachlatten“-Partei in Erinnerung. Aber wer wollte leugnen, dass es auch in dieser herrschaftstechnisch eingebundenen Sozialdemokratie emanzipatorische Praxis gab, die in einem neuen Kontext produktiv werden kann. Über die Widersprüche, die meinen politischen Werdegang charakterisieren, werden andere hoffentlich Ähnliches sagen.

Es stimmt, dass sich verschiedene Erfahrungen auch gegenseitig blockieren können – nämlich dann, wenn sich alle in ihren identitären Gewissheiten vergraben. Doch genau deshalb ist die These der „fragenden, lernenden Partei“ nicht nur sympathisch, sondern v.a. auch richtig. Im 20. Jahrhundert sind ganz unterschiedliche Emanzipationsstrategien gescheitert oder an ihre Grenzen gestoßen – das gilt für reformistische und revolutionäre Ansätze ganz ähnlich wie für die Transformationspraktiken der sozialen Bewegungen oder die Künstlerkritik. Wir brauchen aber ein neues Projekt der Befreiung, das einen demokratisch-solidarisch-internationalen Ausweg aus den kapitalistischen Verhältnissen weisen kann. Also auch Orte, an denen sich unterschiedliche Erfahrungen in einem veränderten Kontext neu formulieren können.

Ich habe natürlich keine Ahnung, ob die LINKE wirklich einer dieser Orte sein wird. Aber immerhin lässt sich beobachten, dass im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die es ohne die Partei nicht gäbe, manches von dem zusammengefunden hat, was mir wichtig erscheint. Und ich glaube, es ist auch mehr als ein machtpolitisch bedingter Unfall, dass Katja Kipping und Bernd Riexinger Vorsitzende der LINKEN geworden sind. Über Kipping

ist schon viel Positives gesagt worden, deshalb zu Riexinger: Wer in den 1990er Jahren in sozialen Bewegungen aktiv war und einen Ansprechpartner in den Gewerkschaften suchte, ist immer auch auf den Kollegen Riexinger gestoßen. Der Mann ist eben kein Gewerkschaftsfunktionär, wie viele Journalisten kolportieren haben. Innerhalb der deutschen Gewerkschaften war er stets eine Ausnahmeerscheinung. Ein Gewerkschaftsaktivist, der verstanden hat, dass es nicht allein um die Verteidigung männlicher, deutscher Kernbelegschaften geht, und dass Gewerkschaften nicht Versicherungsorganisationen, sondern Orte der aktiven sozialen Praxis sein sollten.

Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, dass die kapitalistische Krise in den nächsten Monaten eine neue, sehr bedrohliche Situation in Europa herstellen wird. Umso mehr brauchen wir Orte, an denen Widerstand – von ArbeitnehmerInnen und Prekarisierten, von sozialer Linker und Künstlerkritik, von anti-rassistischen Gruppen, Feministinnen, RentnerInnen und Arbeitslosen – miteinander ins Gespräch kommen kann. Wir brauchen eine gesellschaftliche Linke, die soziale Auseinandersetzungen führt, und in ihr die plurale LINKE, an der man medial nicht vorbeikann. Mich beschäftigt dabei weniger die Frage, wann die LINKE bei Wahlen wieder gewinnt, als dass sie als Ort der gemeinsamen Praxis funktioniert, in der sich Erfahrungen neu zusammensetzen und gesellschaftlich etwas bewegen können.

Raul Zelik ist Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens und Schriftsteller. Im Oktober erscheint sein neuer Roman „Der Eindringling“ in der Edition Suhrkamp.

Den Aufbruch organisieren – Antworten auf die drängenden Fragen liefern Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE

In den kommenden 120 Tagen gilt es, einen neuen Aufbruch für DIE LINKE zu organisieren.

Zum einen wollen wir einladen, unsere Partei partizipativer zu gestalten, wollen die Kunst des Zuhörens stärken, Mitglieder zum mitmachen und mitdiskutieren einladen. Hier sind wir auf einem guten Weg und die ersten Erfahrungen sind ermutigend.

Die zweite Botschaft die wir aussenden: DIE LINKE liefert Antworten auf die drängenden Fragen, steht für gute Arbeit, für ein soziales Europa, für ein Ende des Privatisierungswahns. Gemeinsam mit den sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und vielen anderen wollen wir das Ende einer Politik, die den Menschen in Deutschland und Europa immer mehr Opfer abverlangt, um den Reichtum Weniger zu mehren und uns für eine Politik für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen – für soziale Gerechtigkeit, Umverteilung von oben nach unten und ein faires Miteinander.

Die gegenwärtige Situation ist unerträglich. Mittlerweile arbeiten bei uns knapp 23 Prozent aller Beschäftigten zu Niedriglöhnen – in Minijobs, Leiharbeit, Teilzeit und befristeten Arbeitsverhältnissen. Gleichzeitig hat sich seit Ausbruch der Krise das Vermögen der Reichen und Reichsten kontinuierlich vermehrt. In Deutschland leben heute mehr Millionäre als jemals zuvor. Das ist eine widerliche Entwicklung, die wir nicht akzeptieren können. Es ist unerträglich, dass wir eine zunehmende Prekarisierung der Lebens- und Arbeitswelt erleben, Stress und Angst zunehmen und die Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Wir werden deshalb in den kommenden Monaten unsere

parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten für einen flächendeckenden Mindestlohn, gegen Leiharbeit und für eine armutsfeste Rente fortsetzen. Es ist doch bezeichnend, dass die neuen Koalitionäre in NRW – SPD und Grüne – meinen, mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro sei die Rente „armutsfest“.

Dabei ist heute schon klar, dass sich die Situation in den kommenden Monaten weiter zuspitzen wird, wenn der „Fiskalpakt“ in Kraft ist. Damit wird Angela Merkels falsche Finanz- und Europapolitik in Stein gemeißelt. Davon, dass unterregulierte Finanzmärkte, Ungleichgewichte in den Außenhandelsbilanzen und eine ungerechte Lohnpolitik die gegenwärtige Krise ausgelöst haben und eben nicht zu hohe Löhne, zu hohe Sozialleistungen und zu hohe öffentliche Ausgaben ist in ihrem Weltbild kein Platz, das ist fatal und wird sich rächen. Die Bürgerinnen und Bürger kennen die Realität in ihren Städten und Gemeinden, wissen, dass schon heute Schulen verfallen, Theater geschlossen werden und Schwimmbäder verfaulen.

All dies wird durch den „Fiskalpakt“ multipliziert. Diese Schuldenbremse wird kommunale Ausgaben minimieren. Die einzigen, die sich eine solche Politik leisten können, sind die Profiteure der gegenwärtigen Situation, die Millionäre und Milliardäre. Sie können ihre Kinder in die Privatschule schicken, Schwimmbäder neben der Doppelgarage errichten und für einen Theaterbesuch ins Ausland reisen. Was aber wäre, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Bund sich ändern, können wir den Fiskalpakt dann kündigen, einen anderen Kurs einschlagen?

Die fatale Antwort lautet Nein: Mitgliedsstaaten können den Vertrag nicht kündigen, er hat eine Ewigkeitsgarantie.

Eine absehbare Folge dieser wahnwitzigen Politik ist schon heute klar. Wenn die Schulden nur über die Ausgabenseite zurückgeführt werden sollen, Löhne und Gehälter, Renten und Sozialleistungen, öffentliche Ausgaben aber nicht mehr weiter gekürzt werden können, dann rückt für den Staat eine andere Einnahmequelle in den Fokus.

Meine Antwort wäre klar.

Höherer Spitzensteuersatz, Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krise, Millionärssteuer etc.

Dies ist aber nicht der zu erwartende Kurs. Vielmehr werden wir einen weiteren Privatisierungswahn erleben. Infrastruktur – öffentliches Eigentum wie Wohnungen, Stadtwerke oder Krankenhäuser werden verhökert werden. Erste Vorboten erleben wir schon. In Berlin soll die S-Bahn teilprivatisiert werden und in Deutschlands Großstädten fehlen schon heute 100.000 Wohnungen.

Ursache ist u.a. der Rückzug des Bundes aus der staatlichen Wohnungsbauförderung von der besonders Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen profitiert haben.

Es gilt deshalb, den Kampf um das Öffentliche anzunehmen, den Diebstahl öffentlichen Eigentums nicht länger hinzunehmen.

Das Zutrauen in Politik, auch in LINKE, hat in den letzten Jahren gelitten.

Dies darf aber kein Grund zum Nachlassen sein, im Gegenteil. Wir müssen heute intensiver als je zuvor für einen Politikwechsel werben und sind dazu bereit.

Regionalkonferenz in Vorbereitung der außerordentlichen Tagung des 3. Parteitag



Impression kurz vor Beginn der Regionalkonferenz (Foto: Fred Matthes)

(mb)Knapp 90 Genossinnen und Genossen aus dem südlichen Sachsen-Anhalt und, wie im Verlauf der Konferenz zu erfahren nicht nur von dort, waren ins "Künstlerhaus 188" gekommen, um gemeinsam mit dem Landesvorstand in einen produktiven Austausch zu treten.

Nach der Eröffnung der Regionalkonferenz durch Jenny Schulz, Landesgeschäftsführerin, trat Birke Bull, kommissarische Landesvorsitzende und Kandidatin für den Landesvorsitz, an's Rednerpult. In ihrer Rede ging sie sowohl auf den Göttinger Parteitag, auf die bevorstehenden Aufgaben, aber auch auf die gerade gelaufene Oberbürgermeisterwahl in unserer Stadt ein. Sie dankte noch einmal unserem Kandidaten Swen Knöchel als auch den engagierten Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die ja nicht nur aus Halle kamen, sondern auch aus dem Umland.

Viele Themen spielten eine Rolle in der Aussprache. Besonders bemerkenswert fand ich, dass sich ca. 20 Genossinnen und Genossen zu Wort meldeten. Ein breites Spektrum an Meinungen und Ansichten, auch gelacht konnte durchaus werden. Getreu dem Motto: Politik soll auch Spaß machen.

Deutlich wurde aber auch die Unterstützung für Birke als Landesvorsitzende. Nach meiner Meinung ist die Mannschaft, die hinter einer Person steht, sehr wichtig. Diese Mannschaft ist aber nicht nur der Landesvorstand, sondern das sind wir alle. Ich denke, dass ist

gerade auch auf dem Göttinger Parteitag sehr deutlich geworden – in unserem Landesverband, das zeigen gerade die regelmäßig stattfindenden Regionalkonferenzen, wird die Basis ernst genommen – und das ist gut so.

Abschließend möchte ich Birkes Facebookbeitrag nach der Regionalkonferenz zitieren, der die Veranstaltung treffend charakterisiert: „Der Laden lebt (oder m.a.W.: meine Partei DIE LINKE :o) - und wie!: eine unglaublich lebendige, konstruktive, emotionale 2-stündige Debatte von fast 90 GenossInnen aus Kreis- und Ortsverbänden im Süden Sachsen-Anhalt. Das war beeindruckend und überzeugend und lehrreich! Whau.“

Bisher haben ihre Kandidaturen angemeldet:

Kandidaturen Landesvorsitzende/r:

Birke Bull

Kandidaturen stellvertretende/r

Landesvorsitzende/r:

Bianca Görke

Jörg Schindler

(Quelle: http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/ausserordentliche_tagung_des_3_parteitages/kandidaturen/)